

Beschlussblatt

Übersicht der Beratungen

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Beschlussart</i>
Gemeindevertretung der Gemeinde Breege (Entscheidung)	15.06.2023	geändert beschlossen

Ausführlicher Beratungsverlauf

15.06.2023**Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Breege***Beschluss***Beschluss:**

- Die während der frühzeitigen Beteiligung der von der Planung betroffenen Behörden und Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf 2. Änderung des FNP Breege vorgebrachten Hinweise und Anregungen hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: Von 15 von der Planung berührten Behörden und 3 Nachbargemeinden haben 10 Behörden und 3 Nachbargemeinden eine Stellungnahme abgegeben. Von Bürgern gingen keine Stellungnahmen ein. (ausführliche Abwägungsentscheidung in der Anlage):
 - berücksichtigt werden Hinweise und Anregungen von:
 - Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen
 - Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern
 - Deutsche Telekom
 - Landkreis Vorpommern-Rügen
 - EWE
 - E.dis
 - Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern - Arbeitsschutz und technische Sicherheit - Regionalbereich Nord - Standort Stralsund
 - teilweise berücksichtigt werden Hinweise und Anregungen von:
 -
 - folgende Behörden/Nachbargemeinden hatten keine Hinweise und Anregungen zur Planung:
 - Landesamt für Umwelt, Naturschutz u. Geologie Mecklenburg-Vorpommern
 - IHK zu Rostock
 - die Nachbargemeinden
- Das Bauamt Nord-Rügen wird beauftragt, die Behörden, die Hinweise und Anregungen gegeben haben, unter Angabe von Gründen von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.
- Der Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Breege und der Entwurf der Begründung mit dem Umweltbericht werden mit folgenden Änderungen gebilligt: Ausweisung einer Sonderbaufläche (S) nach § 1 BauNVO statt einer Wohnbaufläche nach § 1 BauNVO aufgrund von aktuellen Rechtsprechungen des Bundesverwaltungsgerichtes zum § 13 a BauNVO. Die Abwägung, die Planzeichnung und die Begründung sind an die neue Beschlusslage anzupassen.
- Der Entwurf der 2. Änderung FNP mit der Begründung mit dem Umweltbericht sind nach

§ 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die betroffenen Behörden sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmung

Ausgeschlossen ist/sind:

Abstimmungsergebnisse				
anwesend	ja	nein	Enthaltung	ausgeschl.*
7	5	2	0	0

* Verfahrensvermerk: Mitwirkungsverbot Aufgrund des § 24 der KV M-V